

**Rainer Dahlem  
GEW-Landesvorsitzender**

**Heilbronn, 1. Mai 2006**

## **Mairedede in Heilbronn**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Kundgebungen zum 1. Mai stehen in diesem Jahr natürlich noch ganz im Zeichen der großen Tarifaueinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie und im öffentlichen Dienst.

Am vorletzten Wochenende haben die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall einen Tarifabschluss erreicht, der sich sehen lassen kann und bei dem sich die Arbeitgeber mit ihrem Ziel, den Flächentarifvertrag zugunsten einzelbetrieblicher Regelungen zu schwächen, letzten Endes nicht durchgesetzt haben. Die IG Metall können wir zu diesem Tarifabschluss nur beglückwünschen.

Klar ist aber auch, dass dieser Tarifabschluss nur möglich war, weil die Kolleginnen und Kollegen in den letzten Wochen durch eine Serie eindrucksvoller Warnstreiks den Druck erzeugt haben, ohne den die Arbeitgeber offensichtlich nicht mehr bereit sind, am Verhandlungstisch zu akzeptablen Lösungen zu kommen.

Sehr viel komplizierter ist die Situation im öffentlichen Dienst.

Erinnern wir uns: Vor zwei Jahren haben die öffentlichen Arbeitgeber und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf Bundes- und kommunaler Ebene nach langen und mühsamen Verhandlungen einen neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst abgeschlossen, der den bisherigen Bundesangestelltentarif ablöst und in der gesamten Republik als Meilenstein für ein modernes Tarifrecht gefeiert wurde.

Dieser Tarifvertrag, der einen Kompromiss darstellte und für die Beschäftigten durchaus die eine oder andere schwer verdauliche Kröte enthält, trat zum 1. Oktober 2005 in Kraft.

Wenige Wochen später kündigten die kommunalen Arbeitgeber die Arbeitszeitregelung dieses Tarifvertrags, nämlich die 38,5-Stunden-Woche, deren Erhaltung Bestandteil des Gesamtkompromisses war.

Sie forderten unverhohlen die 40-Stunden-Woche und versuchten, den Tarifkonflikt auf die Parole zu verkürzen, es gehe ja nur um 18 Minuten am Tag und angesichts der aktuellen Kassenlage sei wegen dieser Kleinigkeit ein Streik nicht gerechtfertigt.

Ich sage: Der Streik in den Gemeinden, Städten und Landkreisen war nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig und unvermeidbar.

Es ging nämlich beileibe nicht nur um 18 Minuten, sondern es ging darum, den Versuch der Kommunalen Arbeitgeber anzuhelfen, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nach Gutsherrenart zu diktieren.

Noch nicht abgeschlossen ist die Auseinandersetzung im Bereich der Bundesländer – seit über zwei Jahren wird verhandelt und die öffentlichen Arbeitgeber lassen nach wie vor keine Bereitschaft erkennen, konstruktiv mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über eine Übernahme des Tarifvertrags öffentlicher Dienst zu verhandeln.

Das Schlimme im öffentlichen Dienst ist, dass wir es mit einem völlig desolaten Arbeitgeberlager zu tun haben. Im Vergleich dazu ist ein Hühnerhaufen eine ziemlich geordnete und übersichtliche Veranstaltung.

Da gibt es im kommunalen Bereich die Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte, die sich gelegentlich wie kleine

Provinzfürsten aufspielen, die am liebsten mit ihren Beschäftigten nach Belieben und Kassenlage umspringen würden. Auch der neue Landrat des Kreises Heilbronn hat, wenn ich das richtig mitbekommen habe, erkennen lassen, dass er am liebsten aus dem kommunalen Arbeitgeberverband austreten würde, um sich so der Tarifbindung zu entziehen.

Deshalb die klare Ansage an den Heilbronner Landrat: Es gibt für einen neu gewählten Landrat weiß Gott bessere Themen zur Profilierung als in den Chor der tarifpolitischen Scharfmacher einzustimmen.

Auf der Länderebene haben wir es dann mit den Regionalfürsten Wulff, Koch, Oettinger, Stoiber & Co. zu tun, die ebenfalls am liebsten einen tariflosen Zustand hätten und ihre Beschäftigten nach Lust und Laune bezahlen würden.

Im Grunde wollen die Landesfürsten aber mehr: Sie wollen in dieser Tarifauseinandersetzung das durchsetzen, was ihnen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl nicht gelungen ist, nämlich die Abschaffung des Flächentarifvertrags.

Die Herren wissen offensichtlich nicht, was hierzulande eine Erzieherin, eine Krankenschwester oder ein Müllmann verdient, sonst würden sie nicht so abwertend und respektlos über deren Arbeit und deren Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung reden.

Dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten will ich ins Stammbuch schreiben: Verehrter Herr Oettinger! Sie präsentieren sich gerne als moderner und dialogbereiter Ministerpräsident. Sorgen Sie endlich dafür, dass es auch auf der Länderebene einen Tarifabschluss gibt, der die Arbeit der Beschäftigten anerkennt und ihnen die Sicherheit für verlässliche Arbeitsbedingungen gibt. Leisten Sie Ihren Beitrag dazu, dass – nach 13 Wochen Streik – die Arbeitgeber endlich an den Verhandlungstisch zurückkehren und diese Auseinandersetzung zu einem akzeptablen Ende gebracht werden kann.

Nach meinen Informationen allerdings sieht es nicht besonders gut aus. Die Zeichen, die wir aus dem Arbeitgeberlager erhalten, zeigen weiter auf kompromisslose Konfrontation. Sie wollen die 40-Stunden-Woche um jeden Preis und auch das Weihnachtsgeld soll möglichst auf null gekürzt werden. Deshalb mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes auf Länderebene: Lasst euch nicht kleinkriegen und kämpft weiter – unsere Solidarität ist euch sicher!

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist nämlich kein unbezahlbarer Luxus, sondern unverzichtbar für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Und weil ich als Vorsitzender der GEW in Baden-Württemberg von diesem Thema ein bisschen was verstehe, will ich dies am Beispiel des Bildungssystems deutlich machen.

Tatsache ist, dass in Deutschland weit weniger Geld in Bildung investiert wird, als in anderen vergleichbaren Staaten. Der Durchschnitt der Bildungsausgaben liegt in der OECD bei 6 %; in Deutschland sind es nur 4,7 %.

Tatsache ist auch, dass in keinem Staat der Welt die soziale Herkunft eines Kindes so sehr über dessen Schulerfolg bestimmt wie in Deutschland. Spätestens seit PISA wissen wir, dass in unseren Schulen die notwendige Zeit fehlt, um Kinder individuell zu fördern – statt dessen begnügen wir uns damit, sie von einer Schule zur anderen zu schicken.

In fast keinem anderen Land der Welt werden Kinder so früh und so konsequent nach vier Jahren Grundschule sortiert und auf verschiedene Schularten verteilt. Trotzdem – oder gerade deswegen - schneiden deutsche Schülerinnen und Schüler bei PISA schlechter ab als Kinder aus Staaten mit integrativen Schulsystem. Dies ist auch eine schallende Ohrfeige für das gegliederte Schulsystem.

Und nirgendwo hat die frühkindliche Bildung – also die Bildung vor dem 6. Lebensjahr – einen so geringen Stellenwert wie in Deutschland. Und nirgendwo werden Erzieherinnen so unzulänglich ausgebildet und so schlecht bezahlt wie bei uns. Gerade deshalb ist es unerträglich, wenn die öffentlichen Arbeitgeber sich weigern, genau für diese Beschäftigten anständige Arbeits- und Einkommensbedingungen zu akzeptieren.

Es ist doch ein Skandal erster Klasse, dass in unserem Land Menschen, die Computer warten und instandsetzen, weit mehr verdienen als Kolleginnen und Kollegen, die mit Menschen arbeiten, sei es in Krankenhäusern, in der Altenpflege oder in Kindertageseinrichtungen.

Tatsache ist auch, dass wir in Deutschland das Lernen fast noch genau so organisieren wie vor hundert Jahren: In der Halbtagschule sechs Unterrichtsstunden am Vormittag – möglichst sechs verschiedene Fächer und sechs verschiedene Lehrerinnen bzw. Lehrer. Anstatt dass wir endlich eine große Schulreform in Angriff nehmen und flächendeckend Ganztagschulen einrichten, in denen nach einem sinnvollen pädagogischen Konzept gearbeitet wird, gab es bis vor kurzem in Baden-Württemberg einen unsäglichen Streit um den Ausbau von Ganztagsangeboten.

Wenigstens in diesem Punkt ist der baden-württembergische Ministerpräsident mittlerweile auf den Modernisierungszug aufgesprungen und propagiert offensiv den Ausbau von Ganztagschulen.

Die frühere baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan hat über viele Jahre hinweg den Ausbau von Ganztagschulen behindert und die Umsetzung des IZBB-Programms der rot-grünen Bundesregierung meisterlich blockiert.

Die Dame arbeitet mittlerweile bekanntlich im Berliner Bildungsministerium – gewissermaßen als Frühstücksdirektorin,

denn der Bund wird, wenn die Föderalismusreform verwirklicht wird, in Sachen Bildung nichts mehr zu melden haben.

Herr Oettinger will uns darüber hinaus weismachen, dass Ganztagschulen fast zum Nulltarif zu verwirklichen sind. Vormittags, so sagt er, soll alles beim Alten bleiben und nachmittags sollen ehrenamtliche „Jugendbegleiter“ die Kinder und Jugendlichen betreuen.

Ich sage: Auf diese Art und Weise wird keine vernünftige Ganztagschulentwicklung in Baden-Württemberg entstehen. Was wir brauchen, ist ein sinnvolles pädagogisches Konzept, bei dem Angebote von außen sinnvoll in die Arbeit an den Ganztagschulen integriert wird. Die überholte Trennung von Bildung und Betreuung muss zugunsten einer ganzheitlich orientierten Bildung überwunden werden. Was wir brauchen sind pädagogische Profis, Schulsozialarbeiter und Psychologen. Nichts gegen die Öffnung von Schulen ins gesellschaftliche Umfeld; nichts gegen engagierte Menschen aus Betrieben und Vereinen – es ist aber schon etwas merkwürdig, wenn die Landesregierung zuerst die Zuschüsse für die Schulsozialarbeit streicht und dann den Ausbau von Ganztageschulen zum Nulltarif verkündet.

Was mich an dieser Diskussion immer am meisten ärgert ist, dass jedes bildungspolitische Reformvorhaben mit dem Argument abgetan wird, es sei nicht finanzierbar:

Mehr und gute Kindertageseinrichtungen – das kostet zu viel!

Kleinere Klassen an den Grundschulen – nicht finanzierbar!

Ganztagschulen als pädagogische Einrichtungen und nicht als Aufbewahrungsanstalten – dazu haben wir kein Geld!

Wenn dagegen eine neue Straße oder die neue Messe in Stuttgart oder was weiß ich eingeweiht wird, dann reden alle von Investitionen in die Zukunft. Bei Kitas und Schulen dagegen wird immer nur von den zu hohen Kosten geredet.

In Deutschland hat mittlerweile fast jede Fußballarena einen beheizbaren Rasen. Aber das Geld für gute Kindertageseinrichtungen und Schulen fehlt an allen Ecken und Enden. Das nenne ich einen Skandal!

Wenn es richtig ist, dass Bildung und Ausbildung unsere Zukunft entscheiden, dann heißt das doch auch, dass diese Gesellschaft dafür die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen muss.

Dazu gehört auch, dass alle Jugendlichen eine berufliche Perspektive erhalten.

Der viel gepriesene Ausbildungspakt ist kläglich gescheitert. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist vom letzten zu diesem Ausbildungsjahr um 4 % gesunken, obwohl die Zahl der Schulabgängerinnen und –abgänger gestiegen ist. Jedes Jahr verlassen allein in Baden-Württemberg mehrere Tausend Jugendliche die Schulen ohne Ausbildungsvertrag, obwohl alle wissen, dass wir vermutlich schon bald großen Mangel an qualifiziertem Nachwuchs haben werden.

Deshalb gilt nach wie vor: Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Ich sage dies nicht als gewerkschaftliche Pflichtübung, sondern weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu geben.

Es kann nicht sein, dass von Jahr zu Jahr mehr Jugendliche aus den Schulen mit dem Gefühl entlassen werden, nicht mehr gebraucht zu werden und überflüssig zu sein.

Insbesondere an Hauptschulen ist die Situation oft besonders schwierig, wie das Beispiel einer Berliner Hauptschule, die in den letzten Wochen Schlagzeilen gemacht hat, zeigt.

Ich will nicht falsch verstanden werden und die Hauptschulen schlecht reden. Aber an den Hauptschulen, die innerhalb unse-

res hierarchischen Schulsystems gewissermaßen die unterste Stufe bilden, zeigt sich das Elend unseres dreigliedrigen Schulsystems am deutlichsten.

Dass davon Kinder mit Migrationshintergrund am meisten betroffen sind, liegt auf der Hand. Gerade deshalb müssen wir mehr für die Integration dieser Menschen tun.

Unsere bisherige Integrationspolitik ist kläglich gescheitert. Jahrzehntlang hat die Politik geleugnet, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und folglich auch nicht sonderlich viel unternommen, die Integration zu unterstützen. Dieses Versäumnis rächt sich jetzt.

Es war die rot-grüne Bundesregierung, die erste Maßnahmen eingeleitet hat – z. B. durch das Einwanderungs- und Staatsbürgergesetz. Diese Maßnahmen müssen weitergeführt und intensiviert werden, wenn wir das friedliche Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft in Deutschland wirklich wollen.

Dazu gehört, dass wir uns mit Respekt und Toleranz begegnen, dass wir akzeptieren, dass jeder Mensch anders ist und dass wir allen Anfängen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschlossen entgegenzutreten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das Motto des 1. Mai 2006 lautet: „Deine Würde ist unser Maß“.

Das Grundgesetz verpflichtet uns in Art. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Für immer mehr Menschen in Deutschland aber ist ein Leben in Würde keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Kinderarmut steigt, die Zahl der Minijobs ebenso; und immer mehr Menschen können von ihrer Hände und ihrer Köpfe Arbeit nicht mehr leben.

Das größte gesellschaftliche Problem ist und bleibt die Arbeitslosigkeit.

Trotz der so genannten Arbeitsmarktreform sind in Deutschland fünf Millionen Menschen ohne Arbeit – nicht mitgerechnet die Minijobs und die steigende Zahl der so genannten Ein-Euro-Jobs. Fünf Millionen Arbeitslose – das sind nicht fünf Millionen Faulenzer, sondern fünf Millionen Einzelschicksale.

Wer arbeitslos ist, verliert sein Selbstwertgefühl, kommt sich nutzlos und überflüssig vor und verliert den Glauben an sich und seine Zukunft.

Und: Arbeitslosigkeit hat gravierende Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, das Konsumklima und die öffentlichen Haushalte.

Deshalb werden sich die Gewerkschaften mit der Massenarbeitslosigkeit nicht abfinden.

Die Arbeitgeber behaupten – und viele Medien und Politiker beten dies treuherzig nach – die Hauptursachen für die Arbeitslosigkeit seien zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, zu viele Schutzrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zu hohe Steuern.

Diese Behauptungen sind falsch.

Ich will euch nicht mit Zahlen langweilen oder gar erschlagen, denn Maikundgebungen sind bekanntlich keine volkswirtschaftlichen Vorlesungen für Studenten im 5. Semester. Aber ein paar Fakten können auch am 1. Mai nicht schaden.

Dabei beziehe ich meine Daten aus allgemein zugänglichen Quellen, zum Beispiel aus der Heilbronner Stimme, die bekanntlich nicht unter dem Verdacht steht, ein Kampfblatt der Gewerkschaften zu sein. Dort steht am 3. Februar 2006: **Deut-**

***sche Bank erreicht ihr Renditeziel / Branchenprimus mit kräftiger Gewinnsteigerung 2005.***

Im Detail: Die Erträge sind von 2004 auf 2005 von 21 Milliarden auf 25 Milliarden gestiegen; der Gewinn von 4 Milliarden auf 6,3 Milliarden; nur die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist von 65.000 auf 63.000 gesunken. Und am 9. Februar meldet die Heilbronner Stimme: ***Bosch hat die Ziele übertroffen – Umsatz und Gewinn im vergangenen Jahr gesteigert – Auslandsgeschäfte nehmen zu.***

Heilbronner Stimme vom 24. Februar 2006: ***Continental fährt Spitzenwerte ein – Autozulieferer will nach Rekordjahr auf Einkaufstour gehen.***

Und auf der gleichen Seite: ***Stimmung in der Wirtschaft so gut wie lange nicht.***

Und weiter geht's am 15. März 2006: ***Ausfuhren wachsen auch 2006 kräftig – Exportbranche sieht noch kein Ende des Booms.***

Darunter steht die nüchterne Zahl, dass die deutsche Wirtschaft auch im Jahre 2005 erneut Exportweltmeister war. Der Exportüberschuss erhöhte sich von 156 auf 160 Milliarden Euro. In den letzten sechs Jahren hat sich der Exportüberschuss von 59 Milliarden auf 160 Milliarden verdreifacht.

17. März 2006: ***Allianz legt glänzende Bilanz vor – Höhe des Stellenabbaus soll erst im Sommer feststehen.***

7. April 2006: ***Chemiebranche im Land ist gut gelaunt – Mehrheit der Unternehmen im Südwesten erwartet ein gutes Jahr – Personalabbau hält an.***

Und schließlich am 8. April 2006: ***Exportmotor läuft rund wie lange nicht – sattes Plus bei den Ausfuhren im Februar.***

Und auf der gleichen Seite: **Mercedes und BMW erzielen Rekordabsätze.**

Auch die IG Metall veröffentlicht auf ihrer Internetseite bemerkenswerte Zahlen:

Bei den acht DAX-Unternehmen, die zur Metallindustrie gehören, hat sich der Umsatz von 2003 bis 2005 von 404 auf 447 Milliarden Euro erhöht. Die Dividenden sind im gleichen Zeitraum von 3,8 auf 4,4 Milliarden Euro gestiegen; und auch die Gewinne sind gewissermaßen explodiert – von 7 auf 11 Milliarden Euro.

Nur der Jahreslohn bzw. das Jahresgehalt pro Kopf der Beschäftigten hat sich von 2003 auf 2005 von 44.500 auf 44.200 Euro verringert.

Und damit ich nicht in den Verdacht komme, nur einseitige Informationen zu verbreiten, zitiere ich zum Schluss aus einer Veröffentlichung des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der ebenfalls nicht im Verdacht steht, eine Tarnorganisation der Gewerkschaften zu sein.

Nach dessen Angaben hat sich die Arbeitsproduktivität in den Jahren 2004 und 2005 um jeweils 1,2 % erhöht; die Lohnkosten dagegen sind nur um 0,3 % gestiegen.

Die Lohnstückkosten sind im Jahr 2004 sogar um 1,0 und 2005 um 0,8 % gesunken.

Bleibt die Frage nach den überhöhten Steuern:

Da habe ich mir mal den Spaß gemacht, die Gewinn- und Verlustrechnung von DaimlerChrysler etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Für das Jahr 2005 ist dort ein Gewinn vor Steuern von 3,438 Milliarden Euro ausgewiesen.

In der Spalte „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ stehen 513 Millionen Euro – das sind nicht einmal 15 % vom Gewinn.

Wer also behauptet, die Steuerbelastung deutscher Unternehmen sei zu hoch, der nimmt die Realität nicht zur Kenntnis.

Und deshalb gilt zusammenfassend: So schlecht kann es um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht bestellt sein.

In einem aber haben die Arbeitgeber Recht: Natürlich gibt es Löhne, die zu hoch sind. Die Frage ist, ob das Gehalt eines Josef Ackermann von 11,9 Millionen Euro im Jahr oder das Gehalt des Vorstandsvorsitzenden von DaimlerChrysler von 4,2 Millionen, um nur zwei Beispiele zu nennen, gerechtfertigt ist angesichts der allgemeinen Situation, in der wir uns befinden.

Begründet werden diese hohen Einkommen meistens mit dem Leistungsargument. Wer viel leiste, müsse auch gut verdienen.

Nichts dagegen – ich sage aber auch: Die Leistungsträgerinnen und –träger der deutschen Wirtschaft sitzen nicht nur in den Chefetagen, sondern sie arbeiten eben auch in den Produktionshallen, in den Büros, im Einzelhandel, in der Gastronomie, in Kindertageseinrichtungen, in Schulen und bei der Polizei.

Ich weiß sehr wohl, dass nicht alle Betriebe im Geld schwimmen und insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen teilweise gewaltig unter Konkurrenz- und Kostendruck stehen, denn auch sie sind oft genug den Erpressungsversuchen der Großunternehmen ausgeliefert. Deshalb gehöre ich auch nicht zu denen, die nur schwarz-weiß-malen.

Aber eine Tatsache wird niemand bestreiten: Das soziale Gleichgewicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in Deutschland erheblich aus den Fugen geraten. Und dies dürfen wir nicht zulassen.

Wer solche Entwicklungen kritisiert, wird gerne als ewig gestriger Sozialromantiker und Sozialneider abgestempelt.

Mehr noch: Führende Politiker und Arbeitgeber-Funktionäre haben in den letzten Tagen – wie sie das immer tun – die Abschaffung des 1.Mai als Feiertag gefordert und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern empfohlen, zur Teilnahme an den Kundgebungen eben Urlaub zu nehmen. Im gleichen Atemzug kritisieren diffamieren sie uns und versuchen ein Bild von den Gewerkschaften zu zeichnen, nach dem wir zu blöd seien die Zeichen der Zeit zu erkennen und noch nicht begriffen hätten, dass die goldenen Jahre vorbei sind. Besonders die Herren von der FDP – Westerwelle, Brüderle und Co., die politisch nichts, aber auch gar nichts zu bieten haben, außer dass sie den Gewerkschaften den Garaus machen wollen, versuchen sich auf diesem Gebiet zu profilieren.

Ich frage deshalb mit den Worten des Journalisten Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung: „Ist es wirklich nur Neid, wenn eine Familie mit drei Kindern sich wundert, wie dieselben Leute, die guten Gewissens Millionengehälter einstreichen, bei den Löhnen ihrer Mitarbeiter um Promille feilschen? Ist es wirklich nur Unverstand, wenn die Menschen sich darüber empören, dass die Deutsche Bank Milliardengewinne einstreicht und zugleich Massenentlassungen ankündigt? Jedem also das Seine: Dem gescheiterten Wirtschaftsboss eine Abfindung, von deren Zinsen er ein halbes Dutzend Bundeskanzler bezahlen könnte – für den Arbeitslosen Hartz IV?“

Die Bundesregierung hat für 2008 eine Unternehmensteuerreform angekündigt. Wir erwarten,

dass das Steuersystem insgesamt durchschaubarer wird,

dass Großunternehmen nicht weiter geschont und Klein- und Mittelbetriebe überdurchschnittlich zur Kasse gebeten werden,

dass die gesetzlich festgelegten Steuersätze auch tatsächlich gezahlt und dass möglichst alle Steuerschlupflöcher geschlossen und Steuertricksereien unmöglich gemacht werden.

Klar muss aber sein, dass diejenigen, die viel verdienen und große Gewinne machen, auch stärker zur Finanzierung gesamtgewerkschaftlicher Aufgaben herangezogen werden als dies bisher der Fall war.

Die geplante Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 wird wieder in erster Linie die kleinen Leute und nicht die Großverdiener treffen. Und deshalb ist es an der Zeit, dass endlich auch diejenigen zur Kasse gebeten werden, die besser in der Lage sind, etwas von ihrem Einkommen oder Vermögen abzugeben als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften leugnen nicht die objektiv bestehenden Probleme – in den Sozialversicherungssystemen, im Altersaufbau der Bevölkerung und bei den Problemen im Zusammenhang mit der Globalisierung.

Wir wehren uns aber dagegen, dass die allgemeine Globalisierungsangst von den Unternehmen dazu benutzt wird, nicht nur ganze Belegschaften, sondern auch Regierungen zu erpressen.

Wenn der Kündigungsschutz nicht gelockert wird, dann stellen wir niemanden mehr ein.

Wenn die Steuern nicht gesenkt werden, dann verlagern wir unsere Produktion ins Ausland.

Wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht auf Gehalt verzichten, bauen wir Arbeitsplätze ab.

Wir wehren uns dagegen, dass alle Probleme dieser Gesellschaft auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelöst werden. Zum Beispiel das demographische Problem: Es darf doch nicht sein, dass Tag für Tag darüber gejamm-

mert wird, dass in Deutschland zu wenig Kinder geboren werden, obwohl wir wissen, dass es viel zu wenig Betreuungsplätze gibt. Gleichzeitig erwarten wir, dass junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur grenzenlos mobil, sondern auch bereit sind, bei ihrem Berufseinstieg auf Kündigungsschutz zu verzichten, befristete Arbeitsverträge abzuschließen und möglichst noch für einen geringeren Einstiegslohn zu arbeiten.

Das ist kein gutes Fundament für eine solide Familienpolitik, deren Ziel es doch sein muss, jungen Menschen ein Mindestmaß an Sicherheit zu geben, die es ihnen ermöglicht, eine Familie zu gründen und Kinder in die Welt zu setzen.

Unser größtes wirtschaftspolitisches Problem ist nicht der Kündigungsschutz, auch nicht die internationale Konkurrenzfähigkeit, sondern unser Problem ist vor allem die fehlende Binnen- nachfrage. Der Umsatz im deutschen Einzelhandel stagniert seit vielen Jahren – nicht deshalb, weil die Leute keine Lust mehr zum Konsumieren haben, sondern weil es zu viele Arbeitslose gibt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger Geld in der Tasche haben und durch die fortgesetzte Angstpropaganda das Vertrauen in die Zukunft verloren haben.

Ich frage deshalb: Welches Leitbild von Wirtschaft und Gesellschaft haben die Oberglobalisierer und Obermodernisierer eigentlich in ihren Köpfen? Wovon träumen diese Leute eigentlich?

Von einem Niedriglohnland Deutschland, in dem es ihnen glänzend geht, in dem sich der Rest der Welt aber gerade mal so über Wasser halten kann, in keinem Fall aber diese Produkte kaufen kann, die hierzulande produziert werden.

Wir sagen: Dies ist nicht unser Zukunftsmodell Deutschland.

Wem angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen nichts anderes einfällt als die Erhöhung des Rentenalters auf 67;

Wer zur Lösung der Probleme im Gesundheitssystem nichts anderes im Sinn hat als die Versicherten zur Kasse zu bitten;

Wer die Arbeitslosen bekämpft anstatt die Arbeitslosigkeit;

Wer uns Tag für Tag einzureden versucht, die deutsche Wirtschaft stehe am Abgrund –

Der muss sich die Frage gefallen lassen, wie er sich unser Land in der Zukunft vorstellt.

Wir stehen für Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir leugnen die Probleme nicht und sind bereit, an deren Lösung konstruktiv mitzuarbeiten – aber eben nicht nur auf dem Rücken der kleinen Leute.

Wir stehen für eine menschliche, gerechte und solidarische Gesellschaft, in der alle unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und leben können – in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt. Wir sind für die europäische Einigung und die internationale Zusammenarbeit. Das heißt aber auch, dass dabei nicht nur die Interessen der Unternehmen berücksichtigt werden, sondern auch die der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen berücksichtigt werden. Deshalb haben wir im Februar gegen die europäische Dienstleistungsrichtlinie in Straßburg demonstriert.

Wir kämpfen für Frieden, Demokratie und Menschenrechte überall auf der Welt, insbesondere dort, wo Krieg, Unterdrückung und Not herrschen.

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, lohnt es sich auch in Zukunft einzutreten und, wenn es sein muss, auch zu kämpfen.